

Kommunistische Anträge im Reichstag

(Fortsetzung von Seite 1)

Subventionen an die Unternehmer und Banken, Einstellung der Zahlungen an die Fürsten sowie an die Religionsgesellschaften.

Es sind Anträge gestellt auf Aufhebung der Reisesteuer, der Bedienstetensteuer, der Umsatzsteuer, der Zuckerversteuer, der Lohnsteuer, der Bürgersteuer, der Gemeindefürsorgesteuer, der Gemeindegewerbesteuer. Das Steuerfreie Existenzminimum für alle Einkommensteuerpflichtigen bis zu einem Jahreseinkommen von 5000 Mark soll auf 2400 Mark erhöht werden. Erhöhungen der Tarife für Gas, Wasser und Licht für das werktätige Volk sollen nicht mehr vorgenommen werden dürfen.

Beantwortet wird von der SPD. Statt dessen eine Sondersteuer auf alle großen Vermögen über 500 000 Reichsmark, eine Sondersteuer auf alle großen Einkommen über 30 000 Reichsmark, restlose Eingehung aller Aufsichtsratsanteile und Dividenden. Für die Gemeinden wird eine Sondersteuer auf alle Einkommen von 30000 Mark jährlich in Höhe von 20 Prozent vorgeschlagen. Wie bereits bemerkt, wird die Einkommenssteuer Subventionen — es handelt sich um viele Milliarden — an das Bank- und Industriekapital und an den Großgrundbesitz geteilt. Diese Subventionen haben nach dem 13. Juli 1931, dem Tag des Krachs der Danabank, besonders unheimliche Dimensionen angenommen. Die Kommunistische Partei fordert daher in ihren Anträgen, einen Ueberblick über die geleisteten Subventionen, restlose Zurückzahlung der gewährten Subventionen, einen Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der Vorgänge, die zur Zahlungseinstellung der Danabank, des Nordwolle-Konzerns usw. geführt haben (Kapitalflucht, Kriensstellungen an die NSDAP usw. usw.) und strenge Bestrafung der Schuldigen. Ein kommunistischer Antrag fordert die Offenlegung der Steuerlisten. Ein weiterer Antrag wendet sich gegen die Steuerfreiheit der Besitzenden, die ihnen bei Zeichnung der neuen Reichsbahnanleihe gewährt wurde, sowie die Rückgängigmachung der gewählten **Schwarzanzleihe** für geschädigtes Kapital.

Für die Arbeitslosen- u. Notleidenden-Winterhilfe

In einem der aktuellsten Anträge fordert die SPD die Gewährung einer Winterbeihilfe an alle Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner sowie für alle Fürsorgeberechtigten. Die Winterbeihilfe soll 100 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger betragen; Unterhaltberechtigte und Empfänger von Waisenrente sollen je 20 Mark erhalten. Außerdem sollen Lebensmittel aller Art, ausreichendes Feuerungsmaterial sowie Kleidung gewährt werden. Die Mittel sollen durch Abstriche am Reichswehretat und durch sofortige Beibehaltung der rückständigen Steuern der Großkapitalisten beschafft werden.

Ein äußerst wichtiger Antrag fordert an Stelle des völlig durchgeführten Arbeitslosenversicherungsgesetzes ein neues, anderes **Arbeitslosenversicherungsgesetz**. Sämtlichen Arbeitslosen soll für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit eine menschenwürdige Unterstützung gewährt werden, die Kosten sollen die Unternehmer aufbringen. Die Beitragszahlungen der Betriebsstätten sind abgesetzt.

In einem besonderen Eventualantrag wird die sofortige Rückgängigmachung der durch den Vorstand der Reichsanstalt angeordneten Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf 20 bzw. 16 Wochen gefordert.

Gegen das Abbauprogramm, gegen die Gehalts-, Lohn- und Unterstützungskürzungen

Dem Abbauprogramm des Deutschen Städtetages stellt die Kommunistische Partei ein Gegenprogramm entgegen, in dem Rückgängigmachung aller Abbaumaßnahmen, aller Gehalts-, Lohn- und Unterstützungskürzungen für Arbeiter, Angestellte, untere und mittlere Beamte der Gemeinden, der Länder und des Reiches gefordert wird und auf allen Gebieten Verbesserungen und Ausbau beantragt wird.

In derselben Richtung liegt auch der von der SPD eingebrachte Entwurf über ein Reichswahljahrsfürsorgegesetz, das allen Notleidenden menschenwürdige Unterstützung bringen soll. Ein besonderer Antrag fordert Rückgängigmachung aller Kürzungen, die bei den Renten der Kriegsgeldbesitzenden und Hinterbliebenen vorgenommen worden sind.

Gegen den Abbau des Mieterschutzes, gegen Mietwucher!

Ein wichtiger kommunistischer Antrag fordert Rückgängigmachung des bisher erfolgten Abbaus des Mieterschutzes. Darin wird auch die Abschaffung der Haussteuer gefordert, wobei die gesetzliche Miete um den Betrag der Steuer herabgesetzt werden muß.

Verteidigung des Streikrechts

Durch die Tarif- und Schlichtungspolitik der Lohnabbaugewerkschaften, wie durch den Einsatz der staatlichen Machtmittel bei Arbeitskämpfen ist das Streikrecht praktisch aufgehoben. In einer Interpellation Torgler, Hekert, Dablen, Ulrich, Kädel werden zahlreiche Tatsachen über den Einsatz der Polizei bei Arbeitskämpfen beigebracht und der schärfste Protest erhoben. Ein dazu eingebrachter Antrag fordert, „das uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sicherzustellen“. Ein weiterer Antrag fordert die Aufhebung der anlässlich des Streiks der Vergarbeiter im Ruhrgebiet erlassenen Notverordnung, die den Vergarbeitslosen einen hundertprozentigen Lohnabbau gebracht hat.

Damit ist ein Teil der wichtigsten Anträge erwähnt. Nicht vergessen sollen wir noch den bedeutsameren Antrag, den **Bau des Panzerkreuzers B** einzustellen und die dafür vorgesehenen Mittel zur Durchführung der Kinderpeisung zu verwenden.

Das sind die Anträge, die im Interesse des werktätigen Volkes liegen, sie zeigen den Weg, wie das Elend der breiten Volksmassen beseitigt werden kann. Aber diese Regierung und dieser Reichstag werden nichts in dieser Richtung tun, sie werden den Arbeitslosen keine Arbeitsmöglichkeit, dem werktätigen Volk keine Erleichterung seiner Lage schaffen. Es sind neue Notverordnungen angekündigt, die die Not nur noch steigern werden. Die Unternehmer bereiten einen neuen großen Schlag vor, der einen weiteren Lohnabbau von 20 bis 25 Prozent auf der ganzen Linie bringen soll.

Die Rettung des werktätigen Volkes kann nur der schärfste Kampf gegen alle Verschlechterungen, der außerparlamentarische Massenkampf um Brot und Arbeit bringen. Die verschärfte Offensive der Kapitalisten wird die Verstärkung der Gegenwehr der Werktätigen zur Folge haben. Keine Notverordnung kann verhindern, daß sich die Belegschaften die Waffe des Streiks gegen Lohnabbau und Unterdrückung aneignen. Je größer die Massen zur roten Einheitsfront stehen, die unter Führung der Kommunistischen Partei um die Herbeiführung besserer Zustände kämpfen, je entschlossener sich jede Belegschaft gegen den Lohnabbau zur Wehr setzt, um so größer ist die Garantie des Sieges des werktätigen Volkes.

Süddeutsche NS beschlagnahmt!

Stuttgart, 12. Oktober. (Eig. Meldung.)

Die Ausgabe der Süddeutschen Arbeiterzeitung vom 12. 10. wurde auf Grund der Notverordnungen beschlagnahmt mit der Begründung, in einem Artikel „Pfarer Eckert“ sei die Kirche böswillig beschimpft und verächtlich gemacht worden.

Heute Reichstagsitzung

SPD rettet Brüningdiktatur!

Neuer Verrat und Lohnabbau durch „Arbeitsgemeinschaften“ in Vorbereitung / SPD-Arbeiter, hunderttausende Führern den Rücken / Folgt Lohndorf, Dettlinghaus, Eckert! / Kämpft mit der SPD für eure Interessen

Berlin, 13. Okt. (Eig. Meld.)

Die erste Sitzung, die der deutsche Reichstag heute nach fast halbjähriger Pause abhält, wird sich mit der Regierungserklärung befassen, die gestern im neuen Kabinett vereinbart worden ist und heute vom Reichskanzler verlesen werden soll. Wie die Volksstimme Zeitung berichtet, will die Regierung den Punkt „Sicherung der Ruhe im Innern“ besonders behandeln. Weiterhin soll erklärt werden, „das der Grundgedanke des Tarifrechts nicht angefaßt wird, aber versucht werden soll, im Einverständnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen Weg zu finden, der Deutschland zum Wettbewerb mit den anderen Staaten vom Weltmarkt befähigt.“ Außerdem soll der Reichskanzler die Absicht haben, seine bisherige Politik zu verteidigen, gegenüber den Angriffen, die sie von der Rechtsopposition in Harzburg erfahren haben.

Das Zentrum hat gestern in einer Fraktionsitzung nach einer einstündigen Rede Brünings, das volle Vertrauen für die Regierung ausgesprochen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die gestern ebenfalls ihre Fraktionsitzung abhielt, will ihre Toleranzpolitik fortsetzen, „da nicht anzunehmen ist, daß die Regierungserklärung etwas Besonderes enthält, was die Sozialdemokratie geradezu vor den Kopf schlägt.“

Der Inhalt der heutigen Regierungserklärung war der sozialdemokratischen Fraktion gestern bestimmt genau so bekannt wie der Volksstimme Zeitung, trotzdem fühlt sie sich nicht „vor den Kopf geschlagen“. Weiterer Lohnabbau, der in der Sozialdemokratie zum Tarifrecht zu erwarten ist, weizt die Sozialdemokratie gegen die revolutionäre Arbeiterschaft durch den Punkt „Sicherung der Ruhe im Innern“, gehen die Sozialdemokraten nicht an.

Die Arbeiter, deren Interessen detailliert vertreten werden müssen dem sozialdemokratischen Parteivorstand die richtigen Beschlüsse erteilen ebenso wie Tausende von Arbeitern, darunter Lohndorf und Pfarer Eckert, in den letzten Monaten die SPD verlassen haben, müssen sie in Massen den SPD-Führern in den Rücken kehren und unter der Führung der Kommunistischen Partei den Kampf gegen die Brüningdiktatur, den Sozialabbau den Lohnraub und die Sozialreaktion aufnehmen.

Brüning-Groener — Militärdiktatur-Regierung

Brüning hat am Freitag Hindenburg keine neue Ministerliste unterbreitet und diese Liste ist von Hindenburg bekräftigt worden. Außer Warmbold, der das Wirtschaftsministerium übernimmt und Direktor der IG-Farben ist, enthält die Liste keine neuen Namen. Trotzdem ist die zweite Brüning-Diktatur ein weiterer Schritt auf dem Wege der Diktatur, nicht der großen Diktatur schlechthin, wie sie bisher von Brüning ausgeübt wurde, sondern der Diktatur auf einer höheren Stufe, zur Militärdiktatur. Der Reichswehrminister Groener übernimmt zugleich das Innenministerium. Reichswehr und Polizei in einer Hand, unter der Leitung eines Ministers, das allein ist ein Programm. Das Programm der Bourgeoisie, den ganzen Machtapparat des kapitalistischen Staates zur Durchführung des verstärkten Lohnabbaus und des Abbaus der sozialen Einrichtungen und Unterstellungen einzusetzen. Groener als Innenminister, diese Tatsache brüht der zweiten Brüning-Regierung ihren Stempel auf. Von dieser Regierung bis zur Regierung der offenen Militärdiktatur ist nur ein kleiner Schritt.

Die Lösung der Regierungskrise, ihre Ueberwindung auf diesem, von Hindenburg-Brüning eingeschlagenen Wege ist keineswegs überraschend, noch ist die Methode originell. Der Versuch, auf dem üblichen parlamentarischen Wege eine Regierung zu bilden, rief auf unüberwindliche Schwierigkeiten, auf die Tatsache, daß die Bourgeoisie, um ihre Regierung der verstärkten Ausbeutung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes durchzuführen zu können, auf die Hilfe und Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei und der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie angewiesen ist. Zwar trägt diese Helfershelfer, die Sozialdemokratie der Bourgeoisie leitet, außerordentlich dazu bei, daß die SPD, bei den arbeitenden Massen in einem immer schneller werdenden Tempo ihren Einfluß verliert und im steigenden Maße ihre Fähigkeit, Schmutzwasser des bankrotten Kapitalismus zu reinem, einbüßt. Aber der andere Weg, den die Schwerindustrie mit Hindenburg und Hitler gehen will: eine Rechtsregierung unter Ausschaltung der Sozialdemokratie und der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie zu bilden, würde in noch viel schnellerem Maße zur Klärung der Fronten in Deutschland führen. Zwar würde die Sozialdemokratie und die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie gegen eine Jugendregierung ebenfalls keinen Kampf führen, sie würde früher oder später die anfangs passible Unterstützung dieser Regierung in eine aktive umwandeln, aber ihr würde von vornherein die Möglichkeit genommen werden, sich offen und aktiv in den Arbeitermassen für die Unterstützung dieser Regierung einzusetzen. Andererseits würde eine Jugendregierungs-Regierung wie ein Alarmglocke für die Arbeiterklasse klingen. Die Arbeiterklasse würde diese Regierung nicht dulden und unter der Führung der Kommunistischen Partei den Kampf gegen sie aufnehmen. In diesem Kampfe würde noch schneller als gegenwärtig die Sozialdemokratie und die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie als Bundesgenossen des Faschismus erkannt und ihr Einfluß in der Arbeiterklasse liquidiert werden. Zweifelslos würde eine Jugendregierungs-Regierung der Anlaß zu großen sozialen Kämpfen sein. Der Ausgang dieser Kämpfe, das heißt die Vergangenheit, ist für die Bourgeoisie ein höchst unangenehmer. Sprach doch die Deutsche Allgemeine Zeitung bereits davon, daß in Deutschland eine „Oktoberrevolution“ herrscht, und die Berliner Volkszeitung sprach von den „bitteren Erinnerungen“, die sich mit dem Namen des ehemaligen Reichskanzlers Cuno verknüpfen. „Oktoberrevolution“ und „bittere Erinnerungen“, das ist der Kampf des Proletariats, der das monarchistische Herrschaftssystem hinwegjagte und die Cuno-Regierung durch den politischen Massenstreik löste. Es ist keine Frage, daß eine geschlossene, zum Kampf bereite Arbeiterklasse in Deutschland jede Regierung stürzen kann. Gerade, weil dem so ist, deshalb entstehen im Lager der Bourgeoisie über den Weg, der eingeschlagen ist, Meinungsverschiedenheiten. Einig ist sich die gesamte Bourgeoisie, daß die Ausbeutung und Ausplünderung der Massen verstärkt werden muß um die Krise zu überwinden. Aber der Streit entsteht über die jeweils taktischen Methoden und Formen, wie diese Ausbeutung und Ausplünderung durchgeführt werden muß. Und ein Teil der Bourgeoisie stellt, gegenwärtig mit Hilfe der SPD, den Lohnabbau und alle anderen Maßnahmen durchzuführen und gleichzeitig große Massenstreiks der Arbeiter verhindern zu können.

Nach alledem ist klar, daß von der gesamten Bourgeoisie, von den Nazis bis zur SPD, die vorübergehende Lösung der Regierungskrise begrüßt wird. Denn diese Regierung Brüning-Groener ist nicht mehr die alte Brüning-Regierung, und der Kurs der Diktatur, den die neue Regierung Brüning steuern wird, wird ein schärferer Kurs sein, den gewissermaßen die erste Brüning-Regierung bereits durch ihre letzten Notverordnungen vorbereitet hat. Das heißt nicht, daß die Brüning-Groener-Regierung die Gegenläufer im Lager der Bourgeoisie beiseite und als die „harte“ Regierung der gesamten Bourgeoisie auftritt. Im Gegenteil, die Streitigkeiten im Lager der Bourgeoisie bestehen nach wie vor weiter. Die Regierung Brüning-Groener ist ein Kompromiß mit allen Schwächen eines Kompromisses behaftet. Die weitere Verstärkung und Vertiefung der Krise des kapitalistischen Systems, jede neue Streikwelle der Arbeiter wird diese Regierung zum Stürzen bringen, und der Hindenburg-Hitler-Stängel wird im Lager der Bourgeoisie ein immer größeres Uebergewicht erlangen. Das sind die zwei Seiten des Prozesses der Revolution, den Lenin in genialer Weise folgendermaßen charakterisierte:

„Die Revolution schreitet dadurch vorwärts, daß sie eine festgefugte Konterrevolution erzeugt, das heißt den Feind zwingt, zu immer extremeren Mitteln der Verteidigung zu greifen, und auf diese Weise immer mächtigere Mittel des Angriffs schafft.“

Die Regierung Brüning führte infolge der verschärften Krise, der ausgeprägten Klassengegensätze, die ihren Charakter haben, eine „harte“ Regierung ein. Diese Diktatur hat die Arbeiterklasse in die Kämpfe gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung zu Wehr setzen. Wie lange die Brüning-Groener-Regierung im Ruhr bleiben wird, ob sie oder eine Jugendregierung unter der Führung der Bourgeoisie in dieser fatalistischen Krise des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse zu überhandnehmen und des Gegenangriffes der Arbeiterklasse gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung. Die Garantie der Sicherheit und Stärke, die sie in den weiteren Streik-Kämpfen entwickelt. Je geschlossener und mächtiger die Einheitsfront aller Arbeiter unter der Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaften im Kampf gegen das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung ist, um so größer ist die Garantie des Sieges der Arbeiterklasse.

Neues in Kürze

Tschangkaifol stellt am Montag in Nanjing eine Rede, in der er — falls der Völkerverbund versage — Krieg gegen Japan androht.

Der preußische Finanzminister Höpfer-Wachhoff hat seinen Rücktritt erklärt und damit begründet, daß er mit Unterstützung der Regierungsparteien nicht in ausreichendem Maße rechnen kann.

In Lübeck begann gestern der Streik gegen die Werke des Sauglingsheimes, die das Waisenkind von Arbeiterfamilien durch Anwendung des Calmette-Verfahrens verkrüppelt haben.

In Granada (Spanien) wurde am Montag der Generalstreik ausgerufen. Polizei und Militär haben die strategisch wichtigsten Punkte der Stadt besetzt.

ROD-Ergebnis bei Betriebsrätewahl

Im größten Betrieb von Berlin, der Berliner Verkehrsgesellschaft fanden gestern Neuwahlen zum Betriebsrat statt. Das folgende Ergebnis zeigt:

Sozialdemokraten	8095	13 Mand.	(8719 16 Mand.)
NSD	6276	11 Mand.	(5516 9 Mand.)
Radikale	1518	2 Mand.	(— — Mand.)
Gewerkschaft Deutsch.			
Eisenbahn. (gelbe)	1387	2 Mand.	(1811 — Mand.)
Deutschnationale	931	— Mand.	(1112 — Mand.)
Christliche	619	— Mand.	(736 — Mand.)

Die in der Klammer angegebenen Zahlen sind die Ergebnisse der Wahl vom 23. März 1931. Diese Wahl wurde auf Wunsch der Nazis, deren Liste nicht aufgestellt worden war, für ungültig erklärt. Die Neuwahlen brachten einen guten Erfolg der NSD, der um so mehr zu bewerten ist, als in den letzten Monaten große Entlassungen vorgenommen worden sind, von denen hauptsächlich revolutionäre Arbeiter betroffen wurden.

100 neue Parteimitglieder pro Tag

Das Sekretariat der SPD Niedersachsen teilt mit, daß bis Montagabend allein seit dem 1. Oktober über 400 Parteimitnahmen gemeldet worden sind, nicht eingerechnet die Massen- ein- und -übertritte aus den Dettlinghaus-Kundgebungen. Unter den Neuaufnahmen befinden sich zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter und freigewerkschaftlich, vor allem im PDS organisierte Kollegen, die zum Teil in Betrieb und Gewerkschaft wichtige Funktionen innehaben.

Nazi brügeln — Kommunisten beurteilt

Im „Sozialstaat“-Prozess sprach das Gericht die angeklagten fünf Nationalsozialisten „wegen Mangel an Beweisen“ frei. Beurteilt wurden der Kommunist Stumpf wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis, der Kommunist Allem wegen gefährlicher Körperverletzung und Waffennachbesitz zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis, der Kommunist Schürich wegen einfacher Körperverletzung zu einem Monat Gefängnis.